

Braunkohle

**Abbau
sozialverträglich beenden.**

**Zukunftsorientierte
Arbeitsplätze schaffen.**

Juni 2001

Braunkohleabbau zielgerichtet beenden

Braunkohle hat in Deutschland derzeit einen Anteil von rund zehn Prozent am Primärenergieverbrauch, aber einen Anteil von rund 20 Prozent an den CO₂-Emissionen. Sie wird überwiegend in unmittelbarer Nähe der Braunkohlereviere in Großkraftwerken verstromt und trägt rund 25 Prozent zur Stromerzeugung bei. Die Förderung der Braunkohle geschieht im Tagebau, vernichtet in großem Stil Landschaft und ganze Dörfer, senkt zudem weiträumig den Grundwasserspiegel. Wegen der damit verbundenen hohen sozialen und ökologischen Kosten und auch, weil sie unter allen Energieträgern die höchsten CO₂-Emissionen verursacht, ist die Braunkohle keine auch nur mittelfristig zukunftsfähige Energiequelle. Die Nutzung der Braunkohle ist allgemeinwohlschädlich und zerstört die natürlichen Lebensgrundlagen.

Braunkohle contra Klimaschutz

Die Braunkohleverstromung behindert das Erreichen der CO₂-Reduktionsziele und den Umbau der Stromerzeugungskapazität zu einem effizienten, umweltverträglichen, zukunftsfähigen System. So richtet sich die Braunkohleschutzpolitik in den neuen Bundesländern massiv gegen die hocheffiziente, dezentrale Stromerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplung. Zudem wird zum Schutz der Braunkohle der Brennstoff für effiziente GuD-Kraftwerke besteuert, während der Brennstoff für die Kohle- und Kernkraftwerke nicht besteuert wird.

Das alternativlose Festhalten an der Braunkohleverstromung verhindert auch eine zukunftsfähige Strukturpolitik für die Braunkohlereviere. Schon unter den derzeitigen Rahmenbedingungen ist die Erschließung neuer Braunkohlefelder betriebswirtschaftlich nicht mehr attraktiv. Bei der auf Sicht unabdingbaren Besteuerung auch der Braunkohle zur Internalisierung der ökologischen Kosten, vor allem hinsichtlich der CO₂-Emissionen, wird die Stromerzeugung aus Braunkohle nicht mehr wettbewerbsfähig sein. Schon aus wirtschaftlichen Gründen wird daher die Braunkohleverstromung weiter zurückgehen, würde die geplante Erschließung neuer Felder Investitionsruinen statt sicherer Arbeitsplätze schaffen.

Abbau sozialverträglich beenden, zukunftsorientierte Arbeitsplätze schaffen

Alle diese Gründe sprechen eindeutig gegen die Fortsetzung der verkrusteten, anachronistischen Braunkohlepolitik. Der Braunkohleabbau muss zielgerichtet beendet werden, allerdings unter Berücksichtigung der derzeitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit der betroffenen, monostrukturell von der Braunkohleförderung und -verstromung geprägten Regionen. Das Auslaufen des Braunkohleabbaus muss einhergehen mit einer wirtschaftlichen Umstrukturierung, die zukunftsfähige Ersatzarbeitsplätze bereitstellt. Angesichts der besonders prekären wirtschaftlichen Lage in den östlichen Braunkohlereviere und der dort errichteten modernen, effizienten Kraftwerke sollte dieser Prozess dort langsamer verlaufen als im rheinischen Revier. Der überwiegend veraltete, ineffiziente Kraftwerkspark im rheinischen Revier erfordert dort auch aus Umweltgründen eine zügigeres Auslaufen der Förderung.

Der BUND fordert ...

- den geordneten, sozialverträglichen Rückzug aus dem Braunkohleabbau innerhalb der kommenden 30 Jahre im rheinischen Revier bzw. 35 Jahre im mitteldeutschen und Lausitzer Revier,
- die Aufgabe aller Planungen für weitere Umsiedlungen.

Unter diesen Prämissen erhebt der BUND für die einzelnen Braunkohlereviere folgende Forderungen:

Für das rheinische Braunkohlerevier

Im Städtedreieck Mönchengladbach, Köln und Aachen

- wird Garzweiler II nicht aufgeschlossen, d.h.: Rettung von elf Ortschaften mit gut 7000 Einwohnern in fast 3000 Haushalten,
- werden die übrigen Tagebaue Garzweiler I, Hambach und Inden so weitergeführt, dass die gesamte Förderung kontinuierlich bis zur endgültigen Stilllegung in 30 Jahren zurückgeht, d.h.:
 - Garzweiler I wird in den Grenzen des für diesen Tagebau genehmigten Braunkohlenplanes zu Ende geführt. Die A 44 wird nicht überschritten;
 - der Tagebau Hambach I wird nur bis zur jetzigen Trasse der A 4 fortgeführt, was zwei Ortschaften sowie Teile des Hambacher Forstes im Bereich Hambach rettet;
 - der Tagebau Inden wird so rechtzeitig beendet, dass der letzte Ort nicht umsiedeln muss.

Für das Mitteldeutsche und Lausitzer Revier

Insgesamt sollte noch etwa zehn Jahre auf einem gegenüber derzeit etwas verringerten Niveau gefördert werden. Dann sollte schrittweises Abfahren bis 2035 erfolgen. Dabei sollten zunächst die alten, sanierten Kraftwerksblöcke im Lausitzer Revier stillgelegt werden. Im einzelnen ist folgender Ablauf vorzusehen:

Mitteldeutsches Revier

- Die Tagebaue Schleenhain und Profen versorgen die modernen, effizienten Kraftwerke Schkopau und Lippendorf, die auch Prozess- bzw. in geringem Umfang Fernwärme auskoppeln. Die Förderung sollte noch etwa 20 Jahre auf heutigem Niveau fortgeführt werden, dann schrittweise bis 2035 auslaufen. Die Gemeinde Heuersdorf wird durch Umfahren gerettet.

Lausitzer Revier

- Tagebau Jänschwalde und benachbarter Cottbus Nord: Versorgen sechs ineffiziente, sanierte Kraftwerksblöcke à 500 MW. Die Stilllegung soll unter Schonung der Ortschaft Horno schrittweise bis spätestens 2010 erfolgen.
- Tagebau Welzow-Süd: versorgt Kraftwerk Schwarze Pumpe, zwei moderne 800 MW Blöcke. Die Förderung kann noch ca. 20 Jahre auf jetzigem Niveau fortgeführt werden, dann Stilllegung in zwei Schritten. Umfahren der Ortschaft Haidemühl, Beendigung des Tagebaus vor den Ortschaften Karlsfeld und Proschim
- Tagebau Nochten: versorgt Kraftwerk Boxberg mit einem modernen 900 MW Block und zwei ineffizienten, sanierten 500 MW Blöcken. Stilllegung der alten Blöcke bis 2010, dann gedrosselter Abbau zur Versorgung des neuen Blocks bis 2035. Der benachbarte, ruhende Tagebau Reichwalde wird endgültig stillgelegt.

Impressum

Herausgeber:

*Bund für Umwelt und
Naturschutz Deutschland e.V.
(BUND),
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
www.bund.net*

Telefon: 030/27586-40

Telefax: 030/27586-440

mail: info@bund.net

Text: Arbeitskreis Energie

ViSdP: N. Franck

Titelillustration:

Nicole Schneider

Bestellnummer:

11035

1. Auflage: Juni 2001

Druck: Z.B.I. Köln,

Gedruckt auf 100%

Recyclingpapier